

INHALT

POLITIK
6 Wer aus der katholischen Kirche in Deutschland austritt, verwirkt auch weiterhin sämtliche Mitgliederrechte. Das geht aus einem Dekret der Deutschen Bischofskonferenz hervor.

MEINUNG
13 Die Diskussion um den Mohammed-Film geht weiter. Der Dummheit der Islamophoben ist auf dem Rechtsweg so wenig beizukommen wie dem Hass islamistischer Attentäter.

SPORT
27 In Singapur wird über die Zukunft der Formel 1 verhandelt. Bernie Ecclestone will den Kreisverkehr an die Börse bringen. Einige Hersteller fühlen sich übervorteilt.

PANORAMA
39 Die Online-Enzyklopädie Wikipedia wird von einem Korruptionsskandal erschüttert: Hochrangige Mitarbeiter sollen ihre Stellung ausgenutzt haben, um PR für Klienten zu platzieren.

RESSORTS
 Politik Seite 4
 Meinung Seite 12
 Wirtschaft Seite 14
 Frankfurt Seite F1
 Wissen & Bildung Seite 23
 Sport Seite 24
 Feuilleton Seite 28
 Panorama Seite 38

RUBRIKEN
 Impressum Seite 10
 Börse Seite 19
 Rätsel Seite 22
 Leserbrief Seite 11
 Wetter Seite 11
 TV-Programm Seite B4
 Familienanzeigen ... Seite F15

POSITIONEN

In der Steuerpolitik gehen die Meinungen so stark auseinander wie lange nicht. Die Opposition will die staatlichen Einnahmen erhöhen, die schwarz-gelbe Koalition plädiert für Entlastungen.

CDU CDU und CSU lehnen ganz konform mit ihrem Wahlversprechen Steuererhöhungen ab. Die Union hält weder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer noch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für notwendig. Auch an der Abgeltungsteuer, die Kapitalerträge pauschal belastet und damit Besserverdienende bevorteilt, will sie nicht rütteln. Auch bei der Erbschaftsteuer sieht die Union keinen Reformbedarf.

FDP Die FDP drängt auf eine Senkung der Einkommensteuer. Sie will die kalte Progression, also rein inflationsbedingte Mehrbelastungen, bekämpfen. Steuererhöhungen lehnen die Liberalen grundsätzlich ab. Bei der Erbschaftsteuer wollen sie den Ländern mehr Gestaltungsspielraum geben.

SPD Die Sozialdemokraten wollen die Vermögenssteuer wieder einführen und zudem den Spitzensteuersatz ab einem jährlichen Einkommen von 100 000 Euro auf 49 Prozent anheben. Die SPD befürwortet außerdem einen Anstieg der Abgeltungsteuer von 25 auf 30 Prozent. Damit würde sie korrigieren, was sie in der Regierung selbst auf den Weg gebracht hatte. Die Sozialdemokraten wollen weg von der Politik der Steuersenkungen, die Kanzler Gerhard Schröder einst durchgesetzt hatte.

Die Grünen wollen eine befristete, zweckgebundene Abgabe für Vermögen von mehr als einer Million Euro. Mit den Einnahmen sollen Schulden abgebaut werden. Außerdem verlangen die Grünen (wie die SPD) einen Spitzensteuersatz von 49 Prozent, allerdings schon für Menschen, die mehr als 80 000 Euro im Jahr verdienen. Die Partei fordert schließlich, dass große Erbschaften stärker besteuert werden sollen. Zudem wollen sie die Abgeltungsteuer abschaffen und die Kapitalerträge wieder wie Lohnneinkommen progressiv besteuern.

Die Linken fordern mehr Umverteilung und wollen vor allem die Reichen zur Kasse bitten. Die Partei möchte eine einmalige Abgabe erheben, die Vermögen von mehr als einer Million Euro trifft. Außerdem soll das Einkommen der Millionäre mit 75 Prozent besteuert werden. Hinzu kommt eine regelmäßige Millionärsteuer in Höhe von fünf Prozent zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus. Die Linke plädiert dafür, den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 65 000 Euro im Jahr auf 53 Prozent anzuheben. Zusätzlich fordert die Partei höhere Staffelfungen bei der Erbschaftsteuer. Die Abgeltungsteuer möchte die Linke ganz abschaffen.

Bei den Piraten finden sich zu diesen steuerpolitischen Themen keine offiziellen Beschlüsse. In der Partei gibt es jedoch Tendenzen zu einer Vermögenssteuer. Die Piraten fühlen sich dem Grundsatz nahe, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zum Allgemeinwohl eingesetzt werden soll. In dem Rahmen müsse man sicherlich über das Steuergesetz nachdenken und diskutieren, so eine Sprecherin. Man arbeite an Programmen zum Thema Umverteilung und soziale Gerechtigkeit. Die Beschlüsse wollen die Piraten nach ihrem Bundesparteitag Mitte November vorstellen. (gm.)

Deutschlands Defizit bei der Umverteilung

Der Armuts- und Reichtumsbericht sorgt für Streit in der schwarz-gelben Koalition – und belebt die Debatte um die Vermögenssteuer

Von Markus Sievers

Die Reichen werden reicher. Die Armen fallen weiter zurück. Und während der Staat Schulden anhäuft, klettert das Privatvermögen von Rekordhoch zu Rekordhoch.

All das klingt platt und holzschnittartig. Und doch beschreibt das Bundesarbeitsministerium in seinem Entwurf für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht Deutschland im Jahre 2012 genau so. Wirklich neue Erkenntnisse liefert das Werk nicht. Aber es gibt einen bedenklichen Diagnose offiziellen Charakter: Dieses Land driftet auseinander. Trotz guter Konjunktur und wachsenden Reichtums werden die Gräben zwischen den Begünstigten und den Abgehängten immer tiefer.

Nicht von ungefähr nahm in dieser Woche eine alte Debatte wieder an Fahrt auf: Wie gerecht geht es in Deutschland zu? Wer trägt den Sozialstaat? Und wie stark verteilt der noch um?

Die zehn Prozent mit den höchsten Einkommen zahlen doch schon heute über die Hälfte der gesamten Einkommensteuer – mit diesem Argument wehrten Union und FDP Forderungen nach Steuererhöhungen für Topverdiener ab. Der Befund stimmt.

Deutschland setzt wie international üblich auf eine progressive Einkommensteuer, bei der mit steigendem Verdienst der Tarif überproportional zunimmt. Dies soll eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sicherstellen: Starke Schultern können mehr tragen. Dieses Prinzip stellt die progressive Einkommensteuer einigermaßen sicher.

Hoher Bedarf an Ausgleich

Das ist deshalb so wichtig, weil der Staat damit indirekt auch die Vermögenden trifft. „Einkommensreichtum fällt in der Regel mit Vermögensreichtum zusammen“, meint Verteilungsforscher Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Eine durchschlagskräftige Einkommensteuer könnte also zumindest teilweise ausgleichen, dass Deutschland seit 1997 auf die Vermögenssteuer verzichtet.

Doch der Blick allein auf die Einkommensteuer ist zu verengt, worauf das Finanzwirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut der Uni Köln 2008 in einer Studie hinwies. Erstens seien die Einkommen hierzulande besonders ungleich verteilt, was den

Bedarf für einen Ausgleich erhöhe. Zudem trage die Einkommensteuer relativ wenig zu den gesamten Einnahmen des Sozialstaates bei. Eine ungewöhnlich starke Rolle spielen Sozialabgaben. Renten- oder Arbeitslosenversicherung aber belasten Chefärzte und Krankenschwestern, Abteilungsleiter und Hilfsarbeiter mit dem selben Tarif.

Mehr noch: Nur die Kleinverdiener führen von ihrem gesamten Gehalt Sozialabgaben ab. Oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verzichten die Sozialkassen auf ihren Anteil. Bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung liegt die Schwelle bei derzeit 5 600 Euro im Westen und 4 800 im Osten Euro pro Monat. Daher wirken die Sozialabgaben laut den Kölner Wissenschaftler „stark regressiv“. Sie verteilen also nicht von oben nach unten, sondern genau umgekehrt von unten nach oben um.

Diese Wirkung wird verschärft durch Verbrauchsteuern wie Mehrwert-, Energie-, und Stromsteuer. Auch sie unterscheiden nicht nach Arm und Reich. Das Unternehmen schlägt bei jeder Warehouse 19 Prozent Mehrwertsteuer drauf – egal welcher Kunde

Alles nur ein Missverständnis?

Formulierungen des Arbeitsministeriums im Regierungsbericht verärgern die

Von Daniela Vates

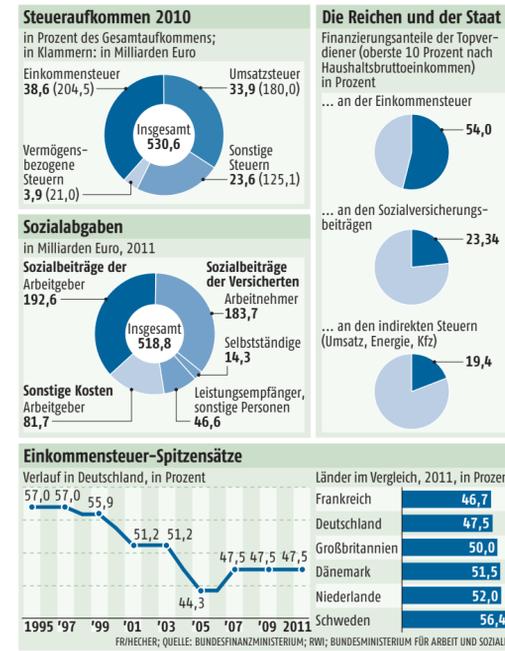
Dieses Mal ist die Kanzlerin ziemlich schnell eingeschritten. Sie hat schnell Nein gesagt zu Vermögensabgaben. Und sie hat zu größerer Vorsicht im Umgang mit hohen Einkommen aufgerufen. „Wir müssen das sehr sensibel sehen“, sagte Angela Merkel dem Fernsehsender Sat.1. Die Steuern von Wohlhabenden brauche der Staat schließlich, um Bildung und eine gute Infrastruktur zu ermöglichen. Von Vermögensabgaben

allerdings könnten sich mittelständische Unternehmen zwischenzeitlich fühlen, ins Ausland abzuwandern. „Das möchte ich auf gar keinen Fall.“

Die FDP möge sich bitte nicht weiter aufregen – das war der Subtext. Wirtschaftsminister Philipp Rösler hatte das zu diesem Zeitpunkt bereits getan, allerdings nur in einer der niedrigeren Eskalationsstufen, der schriftlichen. Er hatte auf diese Weise den Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts kritisiert, den Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgelegt hat. Darin wird geschildert, dass sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer weiter verstärken. Als Konsequenz folgt der Satz: „Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltigen Finanzierungen öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“ Außerdem findet sich in dem Bericht der Hinweis, dass Deutschland im internatio-



Wer zahlt? Und wenn ja, wie viel? PHOTOGRAPHER'S CHOICE



zogene Steuern wie Grund-, Grunderwerbs- und Erbschaftsteuer bringen zusammen knapp vier Prozent des Steueraufkommens ein – weniger als in den USA, in Kanada und vielen anderen EU-Staaten.

Besserverdiener entlastet

Die Polarisierung in der Gesellschaft ist also nicht allein durch Globalisierung und Standortwettbewerb zu erklären. Seit 1998 habe die Politik den Einkommensteuertarif „ständig reformiert“, schreiben die Wirtschaftswissenschaftler Achim Truger und Dieter Teichmann in einem Gutachten für die Parlamentarische Linke in der SPD-Fraktion. „Sieht man von der Einführung der Reichensteuer im Jahr 2007 ab, so konnten diese Reformen nur eine Richtung – und die hieß Entlastung.“ Zudem senkte Rot-Grün auch die Unternehmensteuern. Dafür erhöhte die große Koalition die Mehrwertsteuer und führte die Abgeltungsteuer ein. Seitdem gibt sich der Staat selbst bei hohen Kapitaleinkünften mit 25 Prozent (plus Solidaritätszuschlag) zufrieden.

„Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“
 ENTWURF DES ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHTS AUS DEM RESSORT VON BUNDESARBEITSMINISTERIN URSULA VON DER LEYEN (CDU)

„Insgesamt weist Deutschland bei den vermögensbezogenen Steuern (einschließlich Steuern auf Finanz- bzw. Kapitaltransaktionen) ein im internationalen Vergleich sehr moderates Niveau auf.“
 ENTWURF DES ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHTS

„Die Vermögenden tragen zum Ausgleich bei. Die oberen zehn Prozent in der Einkommenspyramide tragen mehr als die Hälfte des gesamten Einkommenssteueraufkommens.“

MICHAEL FUCHS (CDU), WITZCHEF DER UNIONSFRAKTION

„Forderungen nach noch mehr Umverteilung sind für das Bundeswirtschaftsministerium nicht zustimmungsfähig.“

EIN SPRECHER VON WIRTSCHAFTSMINISTER PHILIPP RÖSLER (FDP)

„Ich halte von Vermögensabgaben nichts. Gerade die vielen mittelständischen Unternehmen (...) könnten in so einem Fall sehr betroffen sein, vielleicht auch unser Land verlassen – das möchte ich auf gar keinen Fall.“

KANZLERIN ANGELA MERKEL (CDU)

„Ich bin der Meinung, dass Gerhard Schröder damals den Spitzensteuersatz zu sehr abgesenkt hat. Darüber muss man reden können.“

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER (CDU), MINISTERPRÄSIDENTIN DES SAARLANDES

FDP und auch Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin meldet sich deutlich zu Wort

nen Vergleich kein besonders hohes Einkommen aus Erbschaft- und Schenkungsteuern hat. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium las daraus: Von der Leyen plädiert für eine Vermögens- oder eine höhere Einkommensteuer. Man werde den Armuts- und Reichtumsbericht so nicht passieren lassen, erklärte Rösler.

Das Arbeitsministerium versicherte, so sei das alles gar nicht gemeint gewesen. Es gebe in dem Bericht keine Forderung nach Umverteilung. Man habe ledig-

lich zu mehr Spenden und Stiftertätigkeit aufrufen wollen. Zu- mindest muss sich das Ministerium dann vorwerfen lassen, missverständlich formuliert zu haben. Die Kanzlerin ist genervt, die Forderung nach sensiblem Vorgehen war auch ein Appell an die Arbeitsministerin. Die hat die Union bereits mit dem Vorprechen bei der Zuschussrente aufgebracht, die sie – trotz breiter Ablehnung in der Koalition – auch im Armuts- und Reichtumsbericht anpreist.

Allerdings wären Reichensteuern nach Vorlage des Berichts auch ohne von der Leyen diskutiert worden. Opposition und Sozialverbände erheben die Forderung schließlich seit Langem. Das Nein Röslers gibt der Linkspartei nun Gelegenheit, die FDP als Millionärspartei zu schelten, die „das Schicksal der Mehrheit der Bevölkerung konsequent ignoriert“.

Inzwischen hat sich allerdings auch ein CDU-Präsidiumsmitglied auf die andere Seite gewagt: Die saarländische Ministerpräsi-